Des Weiteren wurden von Behörden folgende Stellungnahmen abgegeben:

<p>9.</p>	<p>Landkreis Aurich – mit Schreiben vom 22.04.2016 Zu der o.a. Bauleitplanung nehme ich wie folgt Stellung: Aus wasserrechtlicher Sicht bestehen Bedenken gegen die vorliegende Planung. Bereits bestehende Entwässerungsgräben werden in Ihrer Form und Eigenschaft verändert, Abwasserverrohrungen sowie Durchlassverrohrungen werden verlegt. Für diese baulichen Maßnahmen ist eine gesonderte wasserrechtliche Plangenehmigung erforderlich. Meine Untere Wasserbehörde wie auch der Entwässerungsverband fordern eine gedrosselte Einleitung von Oberflächenwasser in die Vorflut, bei einer Neuversiegelung ab 2000 m². Das Oberflächenentwässerungskonzept ist den Anforderungen nach Rücksprache mit meiner Unteren Wasserbehörde anzupassen.</p>	<p>Der Hinweis wird ohne Planänderung zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung: Entsprechend dem ergänzenden Oberflächenentwässerungsplan wird keine Beeinträchtigung des Oberflächenentwässerungssystems vorbereitet. Bereits zum heutigen Zeitpunkt bestehen durch den rechtswirksamen Bebauungsplan Nr. 85a Baurechte, die eine entsprechende Versiegelung des Plangebietes ermöglichen. Innerhalb des Änderungsbereiches sind bereits ein Allgemeines Wohngebiet mit einer Grundflächenzahl von 0,3 sowie eine Straßenverkehrsfläche festgesetzt. Diese vorgegebene Versiegelungsmöglichkeit wurde bereits im wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren 1996 berücksichtigt. Vor diesem Hintergrund liegt keine erhebliche Neuversiegelung vor.</p> <p>Die bestehenden Entwässerungsgräben bleiben erhalten und werden aufgereinigt, wobei die Grabenprofile bestehen bleiben. Folglich erfolgt keine Veränderung der Entwässerungsgräben in ihrer Form und Eigenschaft. Abwasserverrohrungen sind nicht geplant.</p>
------------------	--	--

	<p>Das Plangebiet liegt außerdem in einem Bereich, in dem nicht ausgeschlossen werden kann, dass sulfatsaure oder potenziell sulfatsaure Böden vorhanden sind. Zur Prüfung, ob die im Rahmen entsprechender Bautätigkeiten auszubauenden Böden für das Grundwasser oder für den Boden relevante Stoffbelastungen aufweisen und sich hierdurch unter Umständen eine Entsorgungspflicht ergibt, ist meiner Unteren Abfall- und Bodenschutzbehörde ein Untersuchungsbefund der relevanten Böden der zu bebauenden Fläche einzureichen. Die Probenahme und Untersuchung darf ausschließlich von einem akkreditierten Labor durchgeführt werden. Die Bodenuntersuchung sollte in Absprache mit meiner Unteren Abfall- und Bodenschutzbehörde durchgeführt werden. Der Untersuchungsumfang hat folgende Parameter zu umfassen</p> <p>Originalsubstanz (Feststoff)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Säureneutralisierungskapazität (SNK) • Säurebildungspotential (SBP) • Netto-Säureneutralisierungskapazität (Netto-SNK) • <u>Eluat</u> • pH-Wert • Leitfähigkeit 	<p>Im Bereich der Planstraße wird eine Grabenverrohrung hergestellt. Diese wurde bereits im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr.85a an gleicher Stelle mit dem wasserrechtlichen Antrag genehmigt. Im Rahmen der Ausführungsplanung erfolgt eine Abstimmung mit den zuständigen Fachbehörden.</p> <p>Der Hinweis wird ohne Planänderung zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung: Der Hinweis betrifft nicht direkt das vorliegende Bauleitplanverfahren und wird im Rahmen der Tief- und Ausbauplanung beachtet. Im Rahmen der Ausführungsplanung erfolgt eine Bodenuntersuchung in Abstimmung mit den zuständigen Fachbehörden.</p>
--	--	--

		<p>Geschützte wildlebende Vogelarten im Sinne von Art. 1 der Vogelschutzrichtlinie</p> <p>Im Planungsraum können potenziell verschiedene europäische Vogelarten vorkommen, die hinsichtlich der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände zu betrachten sind. Es werden aufgrund der vorgeprägten Strukturen vornehmlich Arten des Siedlungsbereiches sowie gehölbewohnende Arten vorkommen. Diese Arten weisen eine breite ökologische Amplitude auf und sind in der Lage, bei Störungen auf Ersatzbiotop auszuweichen. Weiterhin handelt es sich hier vorwiegend um Arten, die an die Anwesenheit des Menschen gewöhnt sind.</p>
<p>11.</p>	<p>Entwässerungsverband Norden – mit Schreiben vom 06.04.2016</p> <p>Jegliche zusätzliche Bebauung führt zu mehr versiegelten Flächen und damit zu einem beschleunigten Wasserabfluss. Deshalb müssen Regenrückhaltemaßnahmen zur Regel werden! Leider ist dazu in der Begründung nichts ausgeführt.</p> <p>In Abstimmung mit dem Landkreis Aurich und mit den vom Landkreis beaufsichtigten Unterhaltungsverbänden gilt als Faustregel 20 Liter Regenrückhalte-Volumen pro Quadratmeter versiegelte Fläche.</p> <p>Ich gehe fest davon aus, dass diese Vorgabe eingehalten wird, insbesondere weil die hydraulische Kapazität des Süderschloot (nördlich der B72 ist die Aufstufung zum Gewässer II. Ordnung beantragt) am Limit ist, wie aus unserer Stellungnahme vom 2.7.2013 zum Antrag auf Oberflächenentwässerung zum B-Plan Nr. 120 ersichtlich!</p>	<p>Der Hinweis wird ohne Planänderung zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung: Entsprechend dem der Begründung anliegenden ergänzenden Oberflächenentwässerungsplan wird keine Beeinträchtigung des Oberflächenentwässerungssystems vorbereitet. Bereits zum heutigen Zeitpunkt bestehen durch den rechtswirksamen Bebauungsplan Nr. 85a Baurechte, die eine entsprechende Versiegelung des Plangebietes ermöglichen. Innerhalb des Änderungsbereiches sind bereits ein Allgemeines Wohngebiet mit einer Grundflächenzahl von 0,3 sowie eine Straßenverkehrsfläche festgesetzt. Diese vorgegebene Versiegelungsmöglichkeit wurde bereits im wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren 1996 berücksichtigt. Vor diesem Hintergrund liegt keine erhebliche Neuversiegelung vor.</p>

		<p>Die bestehenden Entwässerungsgräben bleiben erhalten und werden aufgereinigt, wodurch eine Rückhaltung berücksichtigt wird. Entsprechend der hydraulischen Berechnung wird eine ausreichende Leistungsfähigkeit der Entwässerungsanlagen nachgewiesen.</p>
<p>12.</p>	<p>LGLN Regionaldirektion Hameln- Hannover – mit Schreiben vom 11.03.2016</p> <p>Sie haben im Rahmen eines Bauleitplanverfahrens oder einer vergleichbaren Planung das Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN), Regionaldirektion Hameln-Hannover (Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD)) als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Baugesetzbuch (BauGB) beteiligt. Meine Ausführungen hierzu entnehmen Sie bitte der Rückseite; diese Stellungnahme ergeht kostenfrei.</p> <p>Sofern in meinen anliegenden Ausführungen eine weitere Gefahrenerforschung empfohlen wird, mache ich darauf aufmerksam, dass die Gemeinden als Behörden der Gefahrenabwehr auch für die Maßnahmen der Gefahrenerforschung zuständig sind.</p> <p>Eine Maßnahme der Gefahrenerforschung kann eine historische Erkundung sein, bei der alliierte Kriegsluftbilder für die Ermittlung von Kriegseinwirkungen durch Abwurfmunition ausgewertet werden (Luftbildauswertung). Der KBD hat nicht die Aufgabe, alliierte Luftbilder zu Zwecken der Bauleitplanung oder des Bauordnungsrechts kostenfrei auszuwerten, die Luftbildauswertung ist vielmehr gem. § 6 Niedersächsisches Umweltinformationsgesetz (NUIG) in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) auch für Behörden kostenpflichtig.</p> <p>Sofern eine solche kostenpflichtige Luftbildauswertung durchgeführt werden soll,</p>	<p>Der Hinweis wird ohne Planänderung zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung: Im Rahmen der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung wurden keine Hinweise auf Kriegseinwirkungen gegeben. Ferner liegen auch der Stadt keine Verdachtsmomente vor. Weitergehende Recherchen sind daher nicht erforderlich.</p>